

Recht & Steuern

Forcierte Umverteilung ist nicht nötig und nicht gerecht

Von Dr. Frank Marty, Leiter Finanz- und Steuerpolitik und Mitglied der Geschäftsleitung von Economiesuisse



Die Volksinitiative für eine Bundeserbschafts- und Schenkungssteuer gelangt am 14. Juni zur Abstimmung. Die Initianten werben für ihr Anliegen mit der Justitia. Mit der Waage in der einen Hand und dem Schwert in der anderen thront sie hoch über der ungerechten Schweiz. «Einkommen und Konsum werden steuerlich mehr belastet, Kapital entlastet. So läuft das seit Jahren», tönt es von der Initianten-Website. Das Schwert steht traditionell für die harte Durchsetzung des Rechts. Dieses wiederum sollte nach sorgfältigem Abwägen und Urteilen gesprochen werden (Waage). Das Schwert nimmt man den Initianten ab. Aber die Waage?

Der Bundesrat hat jüngst die Kosten grosser Steuerreformen der letzten Jahre berechnet. Bei der Einkommenssteuer betragen die Mindereinnahmen 1,3 Mrd. Franken. Begünstigte waren vor allem Familien und Ehepaare. Bei der Besteuerung von Kapital betragen die reformbedingten Mindereinnahmen 140 Mio. Franken, also rund 10 Mal weniger. Mehrwertsteuererhöhungen beim Konsum erfolgten zugunsten der Invalidenversicherung, demnächst auch für den öffentlichen Verkehr und später wohl für die AHV – in allen Fällen steht die Linke in der ersten Reihe der Befürworter. Beim Vorwurf, dass Arbeiter und Konsumenten bluten, während Kapital feiert, geht etwas nicht auf.

Was die Einkommensverteilung in der Schweiz angeht, sind die Verhältnisse nicht schlecht, sondern im Gegenteil ziemlich gut. Im internationalen Vergleich sind die Markteinkommen ausgewogen verteilt. Nach Südkorea schneidet die Schweiz unter den OECD-Ländern am besten ab. Um gleich viel Einkommensgleichheit zu erreichen, braucht es überall sonst viel staatliche Umverteilung. Auch wenn diese eingerechnet wird, liegt die Schweiz noch immer in der «gerechteren» Hälfte der Länder, auf Flughöhe der nordischen Länder, aber mit viel weniger Staatseingriffen. Auch über die Zeit hat sich an der Einkommensverteilung in der Schweiz weniger verändert. Eine Schere hat sich, anders als in den angelsächsischen Ländern, nicht aufgetan.

Bei den Vermögen ist die Konzentration in der Schweiz tatsächlich hoch, wobei in den Zahlen Wichtiges unberücksichtigt bleibt, nämlich die effektiven Immobilienwerte und das Vorsorgekapital. Dieses Volksvermögen einbezogen, wäre die Konzentration weniger dramatisch. Dass sie hoch ist, liegt auch am Zuzug wohlhabender Personen – was für die Verteilungsdiskussion in der Schweiz aber keine Rolle spielen kann. Anzumerken ist zudem, dass bei den Einkommen wie bei den Vermögen die Steuern vor allem vom kleinen Top-Segment bezahlt werden. Beim Bund bezahlt umgekehrt die Hälfte der Familien gar keine Steuern mehr.

Über die Umverteilung lässt sich lange streiten. Das «richtige» Mass ist letztlich Glaubenssache. Nicht diskutieren lässt sich, dass Umverteilung kostet. Neben den Gewinnern stehen naturgemäss die Verlierer. Bei der Erbschaftssteuer hat es davon besonders viele. Dem geringen Nutzen des Anliegens – ein vergleichsweise kleiner Beitrag an die AHV, der das demografische Finanzierungsproblem nicht ansatzweise löst – stehen erhebliche Schäden bei familiengeführten Gesellschaften, sinkende Investitionen und Arbeitsplatzverluste gegenüber.

Für etwas mehr gefühlte Gerechtigkeit ist das ein zu hoher Preis. Aber das Schwert, so scheint es, ist bei der Umverteilung eben rasch zur Hand. Das sorgfältige Abwägen der Vor- und Nachteile, die Bedarfsdiskussion überhaupt, ist weniger attraktiv. Das mag politisch aufgehen. Gerechtigkeit aber sieht anders aus.

frank.marty@economiesuisse.ch
www.economiesuisse.ch